

Politik und Katholizismus im Zweiparteiensystem der USA

von Benjamin Dahlke

Aufgrund des Mehrheitswahlsystems gibt es in den Vereinigten Staaten faktisch ein Zweiparteiensystem. Es zwingt alle Wahlberechtigten, eine klare Entscheidung zu treffen, weil sie entweder für die Demokraten oder die Republikaner stimmen müssen. Der vorliegende Artikel untersucht die politische Positionierung von Katholikinnen und Katholiken in den USA, beginnend in der Zwischenkriegszeit. Wie sich zeigt, bevorzugten sie lange Zeit die Demokraten, neigten jedoch zunehmend den Republikanern zu. Diese Verschiebung ist bemerkenswert und bedarf sorgfältiger Erklärung.

In den USA existiert ein Zweiparteiensystem. Es ergibt sich nahezu unvermeidlich aus dem in der Verfassung festgeschriebenen Mehrheitswahlrecht.¹ Schließlich bekommt ein Mandat nur, wer bei einer Personenwahl die meisten Stimmen erhält. Unterlegene Kandidaten (seit 1920 – nach einem Verfassungszusatz – auch Kandidatinnen²) gehen hingegen leer aus. Um die Aussicht auf ein Mandat zu erhöhen, kommt es in der Politik zu einer Konzentration auf nur wenige Parteien. Seit dem 19. Jahrhundert dominieren die Demokraten (1829 gegründet) und die Republikaner (1854 gegründet) die US-Politik praktisch vollständig.³ Zwar sind im Laufe der Zeit immer wieder unabhängige Einzelbewerber oder Kandidaten von Drittparteien angetreten; abgesehen von einigen wenigen Achtungserfolgen blieben sie jedoch chancenlos.⁴

Mit diesem Zweiparteiensystem unterscheiden sich die Vereinigten Staaten erheblich von den kontinentaleuropäischen Demokratien, in denen das Verhältniswahlrecht vorherrscht. Wenn Parteien bei den Wahlberechtigten ein prozentual definiertes Mindestmaß an Stimmen bekommen, dann erhalten sie eine entsprechende Anzahl an Sitzen im Parlament und vergeben diese gemäß ihren Listen. Durch die propositionale Repräsentation soll

¹ Vgl. Eugene D. Mazo (Hg.), *The Oxford Handbook of American Election Law*, New York 2024.

² Vgl. Paula A. Monopoli, *Constitutional Orphan. Gender Equality and the Nineteenth Amendment*, New York 2020.

³ Vgl. Philipp Adorf, *Der institutionelle Aufbau des amerikanischen Parteiensystems: Garant der Dominanz der Großparteien?*, in: Christian Lammert u. a. (Hg.), *Handbuch Politik USA*, Wiesbaden 2024, 75–85; Sarah Wagner; Philipp Adorf, *Democrats und die GOP: Historische Entwicklung der Parteien und ihre heutigen Herausforderungen*, in: ebd., 385–397; Stephan Bierling, *Die unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie*, München 2024, 77–100; Daniel Schlozman; Sam Rosenfeld, *The Hollow Parties. The Many Pasts and Disordered Present of American Party Politics* (Princeton Studies in American Politics), Princeton/NJ – London 2024.

⁴ Vgl. Robert C. McMath, *Third Parties*, in: Paula Baker; Donald T. Critchlow (Hg.), *The Oxford Handbook of American Political History*, New York 2020, 219–245.

der Wille des Volkes differenziert zur Geltung gebracht werden. Das führt zu einem Mehrparteiensystem, in dem Koalitionen bei der Regierungsbildung der Normalfall sind. Hingegen wird in den USA ein Präsident gewählt, der anschließend nach eigenem Ermessen ein Kabinett zusammenstellt. Dessen Mitglieder arbeiten ihm zu. Bezeichnenderweise heißen sie meist bloß *secretaries*, was ihren untergeordneten Rang deutlich macht. Im Unterschied dazu suchen in Kontinentaleuropa machtvolle Ministerinnen oder Minister, die in ihrem Ressort weitreichende Befugnisse besitzen, innerhalb der Regierung zugleich die Interessen ihrer eigenen Partei umzusetzen.

Ebenso wenig wie eine Koalition und anders als fast überall in Kontinentaleuropa hat in den Vereinigten Staaten jemals eine christdemokratische Partei existiert.⁵ Beispielsweise brachte das ‚Zentrum‘ im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik in enger Bindung an die Bischöfe Anliegen des politischen Katholizismus zur Geltung, bis es nach dem Zweiten Weltkrieg in der überkonfessionellen Sammelpartei CDU aufging.⁶ Was Österreich anbetrifft, ist die *Christlichsoziale Partei* zu nennen, aus der sich die heutige *Österreichische Volkspartei* entwickelte.⁷ Der erhebliche Einfluss der Christdemokratie seit dem späten 19. Jahrhundert verdankt sich dem Verhältniswahlrecht, das in Deutschland und in Österreich existierte. Es gestattete dem kirchennahen Milieu, in dem Geistliche oft Führungsrollen bekleideten, eine propositionale Repräsentation im Parlament.⁸ In den Vereinigten Staaten wäre es aufgrund des strikten Mehrheitswahlrechts sinnlos gewesen, eine eigene christdemokratische Partei zu gründen. Ihre Kandidaten hätten keine Aussicht auf Erfolg gehabt, weil das katholische Milieu sowohl national als auch regional zu klein war – und aufgrund unterschiedlichster ethnischer Prägungen längst nicht so geschlossen wie in Europa.

Ursprünglich waren die USA fast ausschließlich protestantisch geprägt. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit vom Königreich Großbritannien bestand die Bevölkerung insbesondere aus Anglikanern, Methodisten und Baptisten. Sie – die sogenannten *White Anglo Saxon Protestants* – bestimmten bis ins 20. Jahrhundert hinein den Diskurs in der amerikanischen Gesellschaft. Bedingt durch massive Einwanderung zunächst aus Ländern wie Irland, Italien, Polen sowie dem deutschsprachigen Raum, später aus Südamerika und

⁵ Vgl. Michael Gehler u. a. (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert (Historische Forschungen 4), Wien 2001; Antonius Liedhegener; Torsten Oppeland, Die christdemokratische Parteienfamilie, in: Uwe Jun (Hg.), Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? (Parteien in Theorie und Empirie 2), Opladen 2012, 99–129. Was die USA betrifft, ist die im Jahr 2011 gegründete *American Solidarity Party*, die sich als christdemokratische Alternative zu den beiden dominierenden Großparteien versteht, zu vernachlässigen. Sie hat bislang nämlich kein Mandat gewinnen können. Zu ihr siehe Sean C. Thomas, A Home for the Politically Homeless? The American Solidarity Party, Catholics, and Third Parties in U.S. Politics, in: Politics and Religion Journal 17 (2023) 353–379.

⁶ Vgl. Andreas Linsenmann; Markus Raasch (Hg.), Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven, Münster 2015; Wilfried Loth, »Freiheit und Würde des Volkes«. Katholizismus und Demokratie in Deutschland (Religion und Moderne 13), Frankfurt a. M. – New York 2018.

⁷ Vgl. Timotheos Frey, Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg, Baden-Baden 2009.

⁸ Vgl. Dieter Nohlen, Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme (UTB 1527), Opladen – Toronto 2023, 372–416.

Asien änderte sich das jedoch zunehmend.⁹ Wie im Folgenden gezeigt werden soll, fanden die katholischen Migranten ihre politische Heimat zunächst in der Demokratischen Partei (Teil 1). In neuerer Zeit lässt sich jedoch eine gewisse Tendenz zur Republikanischen Partei beobachten (Teil 2). Abschließend wird ein Ergebnis formuliert und ein Ausblick gewagt (Teil 3).

1. Die Demokratische Partei

Zunächst waren die beiden Parteien in den USA eher lokal orientierte Wahlvereine ohne umfassend ausgearbeitete Programme. Wohl gab es gewisse Unterschiede zwischen ihnen. So galten die Republikaner als Hort der etablierten *White Anglo Saxon Protestants*, während die Demokraten größere Offenheit für die in mehreren Wellen aus Europa neu ankommenden Migranten zeigten. Ihnen wandten sich die eingewanderten Katholiken deshalb in hohem Maße zu – insbesondere in den Metropolen.¹⁰ In New York machte Alfred E. Smith (1873–1944), dessen Eltern aus Italien und Irland stammten, eine steile Karriere. Er brachte es bis zum Gouverneur des gleichnamigen Bundesstaats. Ermutigt durch seinen Erfolg kandidierte er im Jahr 1928 für das Präsidentenamt. Aber nicht zuletzt aufgrund der bestehenden anti-katholischen Vorbehalte verlor er die Wahl deutlich. Mehrere protestantisch dominierte Bundesstaaten im Süden des Landes, die bis dahin stets für die Demokratische Partei gestimmt hatten, fielen an die konkurrierenden Republikaner. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Smith für ein Ende der Prohibition eintrat, also das strenge Ausschankverbot für Alkohol abschaffen wollte.¹¹

⁹ Vgl. *Eric P. Kaufmann*, *The Rise and Fall of Anglo-America*, Cambridge, MA – London 2004; *Rhys H. Williams*, *Preserving the Protestant Nation. Religion and the Socio-Political Dimensions of Immigration until 1920*, in: Barbara A. McGraw (Hg.), *The Wiley Blackwell Companion to Religion and Politics in the U.S.*, Malden/MA 2016, 149–159; *Manlio Graziano*, *In Rome We Trust: The Rise of Catholics in American Political Life*, Stanford, CA 2017; *Lawrence J. McAndrews*, *Catholics and Politics*, in: Margaret M. McGuinness; Thomas F. Rzeznik (Hg.), *The Cambridge Companion to American Catholicism*, New York 2021, 159–178; *Benjamin Dahlke*, *Eine rückwärtsgewandte Kirche in einem fortschrittlichen Staat? Katholizismus in den USA*, in: *ETHL* 101/2 (2025) 243–273.

¹⁰ Vgl. *William B. Prendergast*, *The Catholic Voter in American Politics. The Passing of the Democratic Monolith*, Washington, DC 1999, 23–25. Dass es aber durchaus Katholiken gab, die den Republikanern zuneigten, etwa den Irischstämmigen gegenüber skeptische *Italo Americans*, betont *David C. Legee*, *Der Katholizismus in der amerikanischen Politik: ein irrelevanter Faktor?*, in: Wilhelm Damberg; Antonius Liedhegener (Hg.), *Katholiken in den USA und Deutschland. Kirche, Gesellschaft und Politik (Crossing Over)*, Münster 2006, 182–198, hier 186 f.

¹¹ Vgl. *Robert A. Slayton*, *Empire Statesman. The Rise and Redemption of Al Smith*, New York 2001; *James P. Bruce*, *Alfred E. Smith and the Americanization of the Catholic Church*, in: *USCH* 34 (2016) 1–23; *Robert Chiles*, *The Revolution of '28. Al Smith, American Progressivism, and the Coming of the New Deal*, Ithaca/NY 2017. Einer der größten innerparteilichen Kritiker von Alfred Smith war James Cannon, Jr. (1864–1944), Bischof der *Methodist Episcopal Church South*, der entschieden für die Prohibition eintrat. Deshalb kritisierte er seinen ‚Parteifreund‘ scharf und arbeitete offen gegen ihn, etwa indem er die Gruppierung „Anti-Smith Democrats“ anführte. Nach Smith' Wahlniederlage beklagte Cannon, dass die Demokratische Partei inzwischen von Katholiken kontrolliert würde – vgl. *James Cannon, Jr.*, *Causes of Governor Smith's Defeat*, in: *Current History* 29 (1928) 373–377, hier 376 f.

John A. Ryan (1869-1945), Professor an der *Catholic University of America* in Washington und ein einflussreicher Mitarbeiter verschiedener Initiativen der US-Bischöfe, zeigte sich nach der Wahl enttäuscht darüber, welche Bedeutung die Konfessionszugehörigkeit noch immer hatte. Seiner Auffassung nach war Smith der bessere Kandidat, weil ihm am Thema der sozialen Gerechtigkeit lag. Ryan, der sich in diesem Zusammenhang als Anhänger der Demokraten zu erkennen gab und scharfe Kritik an den seiner Auffassung nach dem Großkapital verbundenen Republikanern übte,¹² war auf die kirchliche Soziallehre spezialisiert. Deren Grundlage war die Enzyklika *Rerum novarum*, die Papst Leo XIII. (1810-1903) im Jahr 1891 vorgelegt hatte. Als zentrale Prinzipien galten Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Was aus diesen Prinzipien konkret folgte, behandelte ein neues Fach, für das es unterschiedliche Namen gab. Obwohl es sich aus der Moraltheologie entwickelt hatte, war sein Gegenstand nicht die Individual-, sondern die Sozialethik. Die Enzyklika wurde in den USA intensiv rezipiert – gerade von Ryan.¹³

Er lehrte zunächst am Priesterseminar seines Heimatbistums St. Paul in Minnesota (1902-1915), das der progressive Erzbischof John Ireland (1838-1918) begründet hatte.¹⁴ Neben Vorlesungen zur Moraltheologie bot Ryan Einführungsveranstaltungen in die Volkswirtschaftslehre und Soziologie an. Dabei musste er zunächst noch seine Dissertation fertigstellen. In dieser beschäftigte er sich mit dem Mindestlohn, der sich für ihn aus dem Prinzip der Personalität ergab. Erstmals im Jahr 1906 erschienen, erfuhr die Studie mehrere Auflagen.¹⁵ Auch Franklin D. Roosevelt (1882-1945), junger Senator im Bundesstaat New York, der selbst der *Episcopal Church* angehörte, las sie – und erwähnte sie zustimmend in

¹² Vgl. John A. Ryan, A Catholic View of the Election, in: Current History 29 (1928) 377–381, hier 381: „Obviously, I am not pleased with the results of the election. As a Catholic, I cannot be expected to rejoice that some millions of my countrymen would put upon me and my co-religionists the brand of civic inferiority. As an American, I cannot feel proud that the spirit of the Sixth Amendment to the Constitution is thus flaunted and violated. As a believer in personal freedom and political honesty, I cannot feel cheerful over the prospect of four more years of the arrogant, despotic and hypocritical domination from which we are suffering by the grace of the Anti-Saloon League. As a Democrat and a lover of justice, I cannot look with complacency upon a President-elect who, judged by his campaign addresses, believes that the economic welfare of the masses should be confided, practically without reservation, to the care of corporate business, in the naive faith that corporate business will dispense and hand down universal justice. This is industrial feudalism. Possibly it may turn out to be benevolent. In any case it will do violence to the most fundamental and valuable traditions of the America that we have known and loved.“ Gewinner der Wahl war Herbert Hoover (1874-1964), ein wohlhabender Unternehmer. Deziert äußerte sich Ryan über die Republikaner in seiner Autobiographie; vgl. John A. Ryan, Social Doctrine in Action. A Personal History, New York – London 1941, 57.

¹³ Vgl. Robert G. Kennedy u. a. (Hg.), Religion and Public Life: The Legacy of Monsignor John A. Ryan, Lanham, MD 2001; John T. McGreevy, Catholicism and American Freedom. A History, New York – London 2003, 127–165; Michael Hochgeschwender, Sozialer Katholizismus in den USA, in: André Habisch u. a. (Hg.), Tradition und Erneuerung der christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung, Freiburg i. Br. 2012, 186–223; Christopher Shannon, American Catholic Social Thought in the Twentieth Century, in: Margaret M. McGuinness; James T. Fisher (Hg.), Roman Catholicism in the United States. A Thematic History (Catholic Practise in North America), New York 2019, 219–239.

¹⁴ Zum Folgenden siehe Ryan, Social Doctrine (wie Anm. 12), 78–85; Mary Christine Athans, »To Work for the Whole People«. John Ireland's Seminary in St. Paul, New York – Mahwah/NJ 2002, 388–390. Irland zählte zu den wenigen *Irish Americans*, die auf der Seite der Republikaner standen – vgl. Prendergast, The Catholic Voter (wie Anm. 10), 84–86, 90.

¹⁵ John A. Ryan, A Living Wage. Its Ethical and Economic Aspects, New York 1912.

einem Aufsatz, den er im Jahr 1911 veröffentlichte. Ryan nahm das zum Anlass, in Kontakt zum demokratischen Politiker zu treten. Dabei erwähnte er, dass in Wisconsin bereits ein Mindestlohngesetz auf den Weg gebracht wurde.¹⁶

Durch den Wechsel an die *Catholic University of America* in der US-Hauptstadt Washington (1915-1939) bekam er unmittelbar mit, was in Senat und Repräsentantenhaus diskutiert wurde. Außerdem konnte er ohne Weiteres Politiker zu informellen Gesprächen treffen. Ryan war kein bloßer Theoretiker, obwohl ihm viel an argumentativer Strenge lag, sondern er wollte die Gesellschaft spürbar verändern. So war er der Hauptautor eines im Jahr 1919 vorgestellten Programms, das konkrete Vorschläge für eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des vom Ersten Weltkrieg gebeutelten Landes machte.¹⁷ Den Auftrag dazu hatte das *National Catholic War Council* erteilt, das die Bischöfe nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gebildet hatten, um die kirchlichen Aktivitäten besser zu koordinieren. Viele Themen, die in dem Programm angesprochen wurden, vertiefte Ryan danach in wissenschaftlichen Studien.

Unterdessen machte Roosevelt Karriere in der Politik. So wurde er 1928 als Nachfolger von Alfred E. Smith zum Gouverneur von New York gewählt. Als bald darauf eine schwere Wirtschaftskrise (*Great Depression*) in den USA zu massiver Arbeitslosigkeit und hohen Inflationsraten führte, kandidierte er für das Präsidentenamt. Roosevelt warb dabei gezielt um die Stimmen von Katholikinnen und Katholiken. In der Endphase des Wahlkampfs, im Herbst 1932, zitierte er bei einer Kundgebung vor Industriearbeitern in Detroit aus der Enzyklika *Quadragesimo anno*, die kurz zuvor anlässlich des vierzigsten Jubiläums von *Rerum novarum* erschienen war und die bisherige kirchliche Soziallehre vertiefte.¹⁸ Sein Kalkül ging auf und er gewann die Präsidentschaftswahl.¹⁹ In seiner Amtszeit initiierte er eine Reihe von umfassenden Wirtschafts- und Sozialreformen, für die sich der Begriff *New Deal* einbürgerte. Durch massive staatliche Interventionen sollte die strauchelnde Wirtschaft gestärkt werden.²⁰

¹⁶ John A. Ryan an Roosevelt, Brief vom 18.4.1911: <https://theodorerooseveltcenter.org/Research/Digital-Library/Record/ImageViewer?libID=o66765&imageNo=1> [zuletzt aufger.: 21.3.2025].

¹⁷ Bishop's Program of Social Reconstruction. A General Review of the Problems and Survey of Remedies, Washington, DC 1919. Ausführlich erläuterte Ryan dieses Programm in: Social Reconstruction, New York 1920. Er war zeitlebens von dessen Korrektheit überzeugt: The Bishop's Program of Social Reconstruction, in: ACSR 5 (1944) 28–33.

¹⁸ Vgl. Franklin D. Roosevelt, »The Philosophy of Social Justice through Social Action.« Campaign Address at Detroit, Mich. October 2, 1932, in: Samuel I. Rosenman (Hg.), The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Bd. 1, New York 1938, 771–780, hier 778. Roosevelt nannte sie sogar »one of the greatest documents of modern times«.

¹⁹ Was Roosevelts Verhältnis zur katholischen Kirche angeht, siehe David B. Woolner; Richard Kurial (Hg.), FDR, The Vatican, and the Roman Catholic Church in America, 1933-1945, New York 2003.

²⁰ Vgl. Kiran Klaus Patel, The New Deal: A Global History, Princeton/NJ 2016; Michael Hochgeschwender, Der New Deal in den USA, 1929-1939, in: Peter Schiffauer (Hg.), A Single Model of Governance or Tailored Responses? Historical, Economic, and Legal Aspects of European Governance in the Crisis, Berlin 2018, 67–87.

Offene Unterstützung hierfür erhielt er von Ryan, der in Essays und Artikeln für den *New Deal* warb.²¹ Im Oktober 1936, einen Monat vor den nächsten regulären Präsidentschaftswahlen, hielt er sogar eine weithin beachtete Radioansprache. Bei ihr sollte es sich zwar um keine Wahlwerbung handeln, aber eigentlich war sie genau das. Ryan wandte sich insbesondere gegen die populistische *Union Party*, die der im Radio sehr präsente Diözesanpriester Charles Coughlin (1891-1979) massiv unterstützte. Sie konkurrierte zumal im Mittleren Westen mit den Demokraten um dieselben Wählergruppen. Das *Democratic National Committee* verbreitete Ryans Ansprache in gedruckter Form, betitelt mit *Roosevelt Safeguards America*.²² All das hatte eine erkennbare Wirkung. Roosevelt gewann deutlich, nicht zuletzt dank der Stimmen der Katholiken. Er wusste das Engagement des Professors, der zu seinem Sieg beigetragen hatte, durchaus zu schätzen und lud ihn daher ein, bei seiner Amtseinführung (*inauguration*) ein Gebet zu sprechen. Ryan war der erste katholische Priester, dem diese Ehre zuteil wurde. Damit aber nicht genug: Als Ryan seinen 70. Geburtstag in einem Hotel in Washington feierte, kamen Hunderte Gäste. Unter ihnen befanden sich Gewerkschaftsführer, Parteivertreter, Minister, Abgeordnete und Richter. Roosevelt sandte ein wertschätzendes Glückwunschtelegramm, das bei der Feier verlesen wurde.²³ Tatsächlich hatte er in Ryan einen überaus treuen Anhänger, schließlich hielt dieser den *New Deal* für eine konkrete Verwirklichung der kirchlichen Soziallehre.²⁴

In der Wahrnehmung vieler Katholiken war die Demokratische Partei folglich diejenige, die ihre Interessen am ehesten vertrat. Davon profitierte besonders John F. Kennedy (1917-1963). Seine ursprünglich aus Irland stammende Familie hatte sich in Boston niedergelassen. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg ging mit einem politischen einher. Kennedys Großvater wurde Bürgermeister der Ostküsten-Metropole, sein Vater Botschafter der USA in Großbritannien. Er selbst war zunächst Senator in Massachusetts, vertrat dann seinen Bundesstaat im Senat in Washington. Im Präsidentschaftswahlkampf 1960 spielte er einerseits mit

²¹ John A. Ryan, President Roosevelt's Economic Program, in: *Studies* 22 (1933) 194–204; Ders., The Roosevelt Recovery Program, in: *Studies* 23 (1934) 219–230. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es auch auf protestantischer Seite breite Unterstützung für den *New Deal* gab – vgl. John W. Compton, *The End of Empathy. Why White Protestants Stopped Loving Their Neighbors*, New York 2020, 61–86; Gary Dorrien, *The American Social Gospel: Christian Socialism, Neo-Abolitionism, and Ecumenism*, in: Luca Ferracci (Hg.), *A History of the Desire for Christian Unity*, Bd. 1, Leiden – Boston 2021, 390–411.

²² Vgl. John A. Ryan, *Roosevelt Safeguards America*, New York 1936. Ryan schloss mit einem klaren Appell (ebd., 12): „Above all, I appeal to you not to vote against the man who has shown a deeper and more sympathetic understanding of your needs and who has brought about more fundamental legislation for labor and for social justice than any other President in American history. If he is re-elected he will continue the fight with superb courage and unrivaled skill, until he has placed these beneficent laws upon an enduring foundation. In this critical hour, I urge you to use every effort at your command among your relatives, friends and acquaintances in support of Franklin D. Roosevelt.“

²³ Franklin D. Roosevelt an John A. Ryan, Telegramm vom 10.5.1939, abgedruckt in: Ryan, *Social Doctrine* (wie Anm. 12), 281. Eine ausführliche Schilderung der Geburtstagsfeier findet sich ebd., 277–285.

²⁴ Vgl. John A. Ryan, *Roosevelt and Social Justice*, in: *RP* 7 (1945) 297–305.

seiner Konfessionszugehörigkeit, weil er hoffte, möglichst viele Stimmen von Katholikinnen und Katholiken zu gewinnen.²⁵ Andererseits verdeutlichte Kennedy seine Unabhängigkeit, um Befürchtungen der protestantischen Bevölkerungsmehrheit zu zerstreuen, ein letztlich dem Papst höriger Politiker dränge in das Weiße Haus. Deshalb erklärte er öffentlich, der Kandidat der Demokratischen Partei und nicht der katholischen Kirche zu sein. Um seine Kampagne geographisch und konfessionell breit aufzustellen, machte er mit Lyndon B. Johnson (1908-1973) außerdem einen Baptisten aus den Südstaaten zu seinem *running mate*. Tatsächlich gewann Kennedy – wenngleich nur sehr knapp. Ermöglicht hatte dies nicht zuletzt die überwältigende Unterstützung durch die katholischen Wahlberechtigten, von denen ihm mehr als 80% ihre Stimme gaben.²⁶

Als Präsident wahrte Kennedy dann jedoch Distanz sowohl zum Vatikan als auch zu den US-Bischöfen. Erst im Jahr 1963 reiste er nach Rom, wo er Papst Paul VI. (1897-1978) im Rahmen einer Privataudienz traf. Bei aller Freundlichkeit des Tones brachte die Audienz nicht den Erfolg, den der Papst sich erhofft hatte. Schließlich blieben die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und den USA, die seit 1867 nicht mehr bestanden, weiterhin ausgesetzt.²⁷ Ebenso wenig bewegte sich Kennedy in Bezug auf die Refinanzierung bekenntnisgebundener Schulen mit öffentlichen Geldern, wie sie die US-Bischöfe lautstark forderten.²⁸ Stattdessen hielt der Präsident an einer strikten Trennung von Staat und Kirche fest. Er selbst hatte keine katholischen Schulen besucht und sein Studium an der privaten *Harvard University* absolviert, an der die wohlhabenden *White Anglo Saxon Protestants* ihre Kinder ausbilden ließen.

Allerdings gab es in Kennedys kurzer Präsidentschaft durchaus Initiativen, bei denen der Katholizismus eine wichtige Rolle spielte. Zu verweisen ist beispielsweise auf das *US Peace Corps*, eine im Frühling 1961 gegründete unabhängige, der Aufsicht des Außenministeriums unterstellte Behörde. Freiwillige sollten für eine gewisse Zeit in bedürftigen Staaten Entwicklungshilfe leisten, um damit zugleich den ökonomischen und ideologischen Einfluss Chinas und der Sowjetunion zurückzudrängen. Die neue Behörde war auf die Zusammenarbeit mit Akteuren angewiesen, die einerseits schon länger vor Ort tätig waren, andererseits über Ansprechpartner in den USA verfügten. Das traf auf die katholische Kirche zu. So koordinierte der in Washington bestens vernetzte Pater Theodore Hesburgh (1917-2015) das Pilotprojekt des *US Peace Corps*. Als Einsatzorte schlug er Bangladesch, Uganda und Chile vor – alles Länder, in denen seine eigene Ordensgemeinschaft, die *Congregation of Holy Cross*, über Niederlassungen verfügte. Schließlich wurde Chile ausgewählt. Hesburgh, Präsident der damals vor allem für ihr Football-Team bekannten *University of Notre*

²⁵ Vgl. *Shaun Casey*, *The Making of a Catholic President. Kennedy vs. Nixon 1960*, New York 2009; *Patrick La-croix*, *John F. Kennedy and the Politics of Faith*, Lawrence, KS 2021.

²⁶ Vgl. *Graziano*, *In Rome We Trust* (wie Anm. 9), 90.

²⁷ Vgl. *Roy Domenico*, »An Embassy to a Golf Course?«: Conundrums on the Road to the United States' Diplomatic Representation to the Holy See, 1784-1984, in: McGuinness; Fisher, *Roman Catholicism* (wie Anm. 13), 108–129. Ein Photo der Begegnung findet sich in *Jörg Ernesti*, *Friedensmacht. Die vatikanische Außenpolitik seit 1870*, Freiburg i. Br. 2022, 287. Wie damals üblich, saß der Papst leicht erhöht, blickte also auf seinen Gast herab. Das suggerierte eine Asymmetrie in der Beziehung.

²⁸ Zum Thema der Schulfinanzierung siehe *Ann Marie Ryan*, *American Catholic Schools in the Twentieth Century. Encounters with Public Education Policies, Practices, and Reforms*, Lanham/MD 2022.

Dame bei Chicago, organisierte über einen dort tätigen Mitbruder Bildungsprogramme für die verarmte Landbevölkerung.²⁹ Er selbst stand zeitlebens der Demokratischen Partei nahe und machte daraus kein Geheimnis. Im Jahr 1972 bot ihm das Wahlkampfteam des Präsidentschaftskandidaten George McGovern (1922-2012), eines Methodisten, sogar die Position des *running mate* an.³⁰ Hesburgh lehnte jedoch ab und konzentrierte sich darauf, *Notre Dame* zu einer der landesweit führenden Universitäten aufzubauen. Trotzdem blieb er in Washington bestens vernetzt. Sein Einfluss schwand allerdings, als von 1981 bis 1993 die Republikaner regierten. Bei allen drei Wahlen hatten Katholiken mehrheitlich für die beiden Kandidaten der *Grand Old Party* gestimmt, also Ronald Reagan (1911-2004) und George H. W. Bush (1924-2018).³¹

Hingegen hatte die unter dem Eindruck des Zweiten Vatikanischen Konzils gegründete US-Bischofskonferenz (seit 1966 *National Conference of Catholic Bishops*, seit 2001 *United States Conference of Catholic Bishops*) ihre Probleme mit dem neu gewählten Präsidenten Reagan. Als dieser zur Abschreckung der Sowjetunion die atomare Aufrüstung forcierte, legte sie im Jahr 1983 mit *The Challenge of Peace* ein umfangreiches pastorales Schreiben vor, das sich als eine Kritik an den Plänen der Regierung lesen ließ.³² Einerseits begrüßten viele Gläubige den friedensethischen Appell, weil sie eine militärische Eskalation fürchteten. Andererseits kritisierten einige einflussreiche Laien wie etwa Michael Novak (1933-2017), Professor mit dem Schwerpunkt Religion und Politik vom rechten Flügel der Demokraten, und der konservativ-republikanische Publizist William Buckley (1925-2008) das Schreiben scharf. Sie sahen die Bischöfe auf sicherheitspolitischen Irrwegen.³³

Im Jahr 1986 erschien dann das pastorale Schreiben *Economic Justice for All*. Angesichts des wirtschaftsliberalen Kurses der im Amt bestätigten Reagan-Administration erinnerte die Bischofskonferenz im Anschluss an die Prinzipien der katholischen Soziallehre an das

²⁹ Vgl. Wilson D. Miscamble, *American Priest. The Ambitious Life and Conflicted Legacy of Notre Dame's Father Ted Hesburgh*, New York 2019, 236 f.; Lacroix, John F. Kennedy (wie Anm. 25), 45–75; David P. King, *Service: Practicing What He Preached: Hesburgh's Ethic of Service*, in: Todd C. Ream; Michael J. James (Hg.), *Hesburgh of Notre Dame. Assessments of a Legacy*, Cham 2023, 155–185. Zu berücksichtigen sind außerdem die autobiographischen Schilderungen von Theodore Hesburgh, *God, Country, Notre Dame*, Notre Dame, IN 1999, 87–98.

³⁰ Vgl. Miscamble, *American Priest* (wie Anm. 29), 285.

³¹ Vgl. Graziano, *In Rome We Trust* (wie Anm. 9), 90: 43% Demokraten, 48% Republikaner (1980); 44% Demokraten, 56% Republikaner (1984); 49% Demokraten, 51% Republikaner (1988). Zur Erschließung siehe Prendergast, *The Catholic Voter* (wie Anm. 10), 176–198.

³² *National Conference of Catholic Bishops, The Challenge of Peace. God's Promise and Our Response*, Washington, DC 1983. Zur Erschließung siehe Peter Steinfels, *Die katholische Kirche in den USA in der Diskussion um Krieg und Frieden*, in: Damberg; Liedhegener, *Katholiken in den USA und Deutschland* (wie Anm. 10), 216–229; Jared McBrady, *The Challenge of Peace: Ronald Reagan, John Paul II, and the American Bishops*, in: *Journal of Cold War Studies* 17 (2015) 129–152; Luca Ferracci, *La bomba, i vescovi e Reagan. La lettera pastorale »The Challenge of Peace« tra postconcilio e ricalibrature romane*, in: *CrSt* 45 (2024) 885–914. *The Challenge of Peace* war eine intensive Debatte vorangegangen. Einen Einblick bietet David Hollenbach, *Nuclear Weapons and Nuclear War: The Shape of the Catholic Debate*, in: *TS* 43 (1982) 577–605.

³³ Vgl. Patrick Allitt, *Catholic Intellectuals and Conservative Politics in America, 1950–1985*, Ithaca/NY 1995, 289–306; Todd Scribner, *A Partisan Church. American Catholicism and the Rise of Neo-Conservative Catholics*, Washington, DC 2015.

Prinzip der Solidarität – die Armen dürften nicht vergessen werden.³⁴ Vorsitzender der Kommission, die *Economic Justice for All* ausgearbeitet hatte, war der weit links stehende Erzbischof der Industriestadt Milwaukee, Rembert Weakland (1927-2022), der bis dahin vor allem mit liturgiehistorischen Studien hervorgetreten war.³⁵ Nach Auffassung von Milton Friedman (1912-2006), Professor an der *University of Chicago* und Berater der Reagan-Administration, fehlte den Bischöfen offenkundig der ökonomische Sachverstand. Sie würden Lösungen vorschlagen, die sich in der Praxis längst als verkehrt herausgestellt hätten.³⁶ Noch weiter als der jüdische Ökonom, der immerhin den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hatte, ging der katholische Wirtschaftsethiker William E. Murnion (1933-2014). Schließlich meinte er, in *Economic Justice for All* marxistische Theorieelemente identifizieren zu können.³⁷

Ebenso wie bereits *The Challenge of Peace* erfuhr das Papier zur Wirtschaftspolitik eine überaus gemischte Aufnahme. Offenkundig spielten dabei die jeweiligen politischen Präferenzen eine Rolle. Gläubige, die sich den regierenden Republikanern verbunden wussten, sahen die Verlautbarungen der Bischofskonferenz skeptisch. Wie im Folgenden dargelegt werden soll, hatte sich das fast schon natürliche Bündnis von Katholizismus und Demokratischer Partei bereits gelockert.

2. Die Republikanische Partei

Für das eben genannte Bündnis gab es mehrere Gründe: Zum einen schienen der *New Deal* und die kirchliche Soziallehre bestens zueinander zu passen, insofern die staatliche Umverteilungspolitik dem Prinzip der Solidarität entsprach. Zum anderen diente John F. Kennedy als Projektionsfläche dafür, dass die von den *White Anglo Saxon Protestants* noch immer nicht vollständig akzeptierten katholischen Migranten endlich in der amerikanischen Gesellschaft angekommen waren. Somit war es für die meisten katholischen Wahlberechtigten selbstverständlich, die Demokraten zu wählen. Seit den 1960er Jahren änderte sich das allerdings. Etwas abgebremst wurde diese Entwicklung durch die anhaltend starke Migration aus Südamerika, weil die sukzessive eingebürgerten *Hispanics* mit großer Mehrheit den Demokraten zuneigen.³⁸ Trotzdem erhielten die Republikaner vermehrt Zustim-

³⁴ *National Conference of Catholic Bishops*, *Economic Justice for All. Pastoral Letter on Catholic Social Teaching and the U.S. Economy*, Washington, DC 1986.

³⁵ Vgl. *Rembert Weakland*, *A Pilgrim in a Pilgrim Church. Memoirs of a Catholic Archbishop*, Grand Rapids/MI – Cambridge 2009.

³⁶ Vgl. *Milton Friedman*, *Good Ends, Bad Means*, in: Thomas M. Gannon (Hg.), *The Catholic Challenge to the American Economy. Reflections on the U.S. Bishops' Pastoral Letter on Catholic Social Teaching and the U.S. Economy*, New York – London 1987, 99–106.

³⁷ Vgl. *William E. Murnion*, *The Ideology of Social Justice in Economic Justice for All*, in: *Journal of Business Ethics* 8 (1989) 847–854.

³⁸ Vgl. *Adrian Pantoja u. a.*, *Politics y la Iglesia: Attitudes toward the Role of Religion in Politics among Latino Catholics*, in: Kristin E. Heyer u. a. (Hg.), *Catholics and Politics. The Dynamic Tension between Faith and Power*, Washington, DC 2008, 113–126; *Lauren Frances Guerra*; *Brett C. Hoover*, *Latinx Catholicism*, in: McGuinness;

mung von Katholiken. Das erklärt sich vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft, durch die sich zugleich die beiden Parteien veränderten. Aus lokal orientierten Wahlvereinen ohne wirkliche Programmatik wurden zunehmend ideologisch geschlossene Gruppierungen, die sich unversöhnlich gegenüberstehen – während die Demokraten nach links rückten, drifteten die Republikaner nach rechts.³⁹

Hierbei handelte es sich um eine schleichende Entwicklung. Sie begann mit der Bürgerrechtsbewegung, die den insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen Konföderation auf vielerlei Weise diskriminierten *African Americans* zu voller gesellschaftlicher und politischer Teilhabe verhelfen wollte. Als sich die nationale Demokratische Partei dieses Anliegen zueigen machte und etwa den *Voting Rights Act* (1965) auf den Weg brachte, gewannen sie zwar die *African Americans* für sich, doch wandten sich zugleich ihre bisherigen weißen Wähler in den südlichen Bundesstaaten immer stärker den Republikanern zu. Bis dahin galt die *Grand Old Party* dort als unwählbar, weil sie ein Jahrhundert zuvor entschlossen auf die Abschaffung der Sklaverei gedrängt und dafür sogar den Krieg zwischen Union und Konföderation in Kauf genommen hatte. Bedingt durch diese Verschiebung wurden die Republikaner allerdings weitaus konservativer, als sie es zuvor gewesen war.⁴⁰ Schließlich zählten nun Evangelikale und andere Protestanten aus dem *Bible Belt* zu ihrer festen Wählerbasis. Dabei ist zu beachten, dass Parteimitglieder aus dem Nordosten und dem Mittleren Westen der USA – sogenannte *Rockefeller Republicans*, benannt nach dem langjährigen Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller (1908-1979), der es schließlich sogar zum Vizepräsidenten brachte⁴¹ – normalerweise viel liberaler waren als Demokraten aus den südlichen Bundesstaaten. Nun verkehrten sich diese positionellen Zuordnungen.

Kaum hatte die Bürgerrechtsbewegung ihr Ziel erreicht, brachen in den USA Studentenunruhen aus, bei denen viele junge Menschen gegen die ihrer Auffassung nach einengenden gesellschaftlichen Konventionen aufbegehrten. Diese Unruhen verbanden sich mit Protesten gegen den Vietnamkrieg, der immer mehr amerikanische Soldaten das Leben kostete, ohne dass der Zweck des Kampfeinsatzes wirklich ersichtlich war. In dieser aufgeheizten Atmosphäre setzte sich im Jahr 1972 bei den Demokraten der bereits erwähnte

Rzeznik, *The Cambridge Companion* (wie Anm. 9), 288–306. Zu verweisen ist auf eine im März 2025 veröffentlichte Studie des *Pew Research Center*; vgl. <https://www.pewresearch.org/short-reads/2025/03/04/10-facts-about-us-catholics/> [zuletzt aufger.: 21.3.2025]. Von den Katholiken, die sich als Wähler haben registrieren lassen, favorisieren insgesamt 43% die Demokraten, 53% die Republikaner. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen. Denn unter Weißen sind es 36% bzw. 61%, unter *Latinos* dagegen 5 % bzw. 39%.

³⁹ Vgl. *John T. McGreevy*, Catholics, Democrats, and the GOP in Contemporary America, in: *American Quarterly* 59 (2007) 669–681; *Bierling*, *Die unvereinigten Staaten* (wie Anm. 3), 86–90, 210–214; *Schlozman*; *Rosenfeld*, *The Hollow Parties* (wie Anm. 3), 182–255; *Sarah Wagner*; *Philipp Adorf*, Democrats und die GOP: Historische Entwicklung der Parteien und ihre heutigen Herausforderungen, in: Lammert u. a., *Handbuch Politik USA* (wie Anm. 3), 385–397. Es entstanden „ideologische Lagerparteien“ – so *Manfred Berg*, *Das gesplante Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute*, Stuttgart 2024, 23.

⁴⁰ Vgl. *Daniel Williams*, *God's Own Party. The Making of the Christian Right*, New York 2010; *Philipp Adorf*, *Die Republikanische Partei in den USA* (UTB 5238), Konstanz 2024, 14–77.

⁴¹ Vgl. *Marsha E. Barrett*, Defining Rockefeller Republicanism: Promise and Peril at the Edge of the Liberal Consensus, 1958–1975, in: *Journal of Policy History* 34 (2022) 336–370.

George McGovern als Präsidentschaftskandidat durch.⁴² Der dem linken Parteiflügel zugehörige Senator aus South Dakota forderte vor allem ein schnelles Ende des Vietnamkriegs. Außerdem plädierte er für ein bedingungsloses Grundeinkommen und trat entschieden für das Recht auf Abtreibung ein. Mit seinen weithin als radikal empfundenen Forderungen verschreckte McGovern die Kernklientel seiner Partei, nämlich Arbeiter und Katholiken. Deshalb endeten die Wahlen des Jahres 1972 für ihn mit einem Debakel, denn er erhielt landesweit weniger als 40% der Stimmen. Da McGovern nur im liberalen Bundesstaat Massachusetts und im *District of Columbia* gewonnen hatte, verfügte er über lediglich 17 Wahlleute, während Richard Nixon (1913-1994) 520 auf sich vereinen konnte. Sogar 57% der Katholiken votierten für den Republikaner, der aus einer Familie strenger Quäker stammte, während es beim Duell mit John F. Kennedy bloß 20% gewesen waren.⁴³ Offenbar löste sich das enge, zumindest von vielen so empfundene Bündnis von Katholizismus und Demokratischer Partei allmählich.

Hierfür war aber nicht allein McGovern verantwortlich. Vielmehr begannen damals harte Auseinandersetzungen um gesellschaftspolitische und ethische Fragen, die sogenannten *culture wars*. Sie führten in den Vereinigten Staaten zu einer noch nie dagewesenen Polarisierung.⁴⁴ Dazu trug insbesondere ein Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1973 bei. Im Fall *Roe vs. Wade* entschieden die Richter, dass Abtreibungen grundsätzlich möglich sein müssen, wobei allerdings Fristen zu beachten seien. Bald darauf veröffentlichte die vatikanische Glaubenskongregation ein Schreiben, in dem sie die Abtreibung aus prinzipiellen Erwägungen heraus scharf verurteilte.⁴⁵ Auch die US-Bischofskonferenz legte einen *Pastoral Plan for Pro-Life Activities* vor, in dem gleich eingangs das Urteil des Obersten Gerichtshofs mit deutlichen Worten kritisiert wurde.⁴⁶ Um das Lebensrecht wieder zur Geltung zu bringen, sollte erstens die Öffentlichkeit besser informiert werden.

⁴² Vgl. Adam Hilton, *True Blues. The Contentious Transformation of the Democratic Party* (American Governance), Philadelphia, PA 2021, 88–109.

⁴³ Vgl. Prendergast, *The Catholic Voter* (wie Anm. 10), 157 f.; Graziano, *In Rome We Trust* (wie Anm. 9), 90. Wie Prendergast, *The Catholic Voter* (wie Anm. 10), 26 darlegt, hatte der Weihbischof von Detroit, Thomas Gumbleton (1930-2024), McGovern aktiv unterstützt. Zum einen teilte er dessen Ablehnung des Vietnamkriegs – Gumbleton begründete die Organisation *Pax Christi* in den USA mit. Zum anderen stand der Weihbischof wirtschaftspolitisch links.

⁴⁴ Vgl. Andrew Hartman, *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*, Chicago – London 2019; Berg, *Das gespaltene Haus* (wie Anm. 39); Benjamin Dahlke, *Culture Wars. Religion und Politik in den USA*, in: StZ 150 (2025) 3–12. Eine gewisse Zurückhaltung äußert hingegen David Sirakov, *Politik in der Krise? Polarisierungsdynamiken im politischen Prozess*, in: Lammert u. a., *Handbuch Politik USA* (wie Anm. 3), 617–636, hier 624 f.

⁴⁵ Vgl. *Sacra Congregatio pro Doctrina Fidei*, *Decreto De abortu procurato*, in: AAS 66 (1974) 730–747.

⁴⁶ Vgl. *National Conference of Catholic Bishops*, *Pastoral Plan for Pro-Life Activities*, Washington, DC 1975, 1: „Respect for human life has been gradually declining in our society during the past decade. To some degree this reflects a secularizing trend and a rejection of moral imperatives based on belief in God and His plan for creation. It also reflects a tendency for individuals to give primary attention to what is personally rewarding and satisfying to them, to the exclusion of responsible concern for the well-being of other persons and society. These trends, along with others, have resulted in laws and judicial decisions which deny or ignore basic human rights and moral responsibilities for the protection and promotion of the common good. In this category are efforts to establish permissive abortion laws, the abortion decisions of the United States Supreme Court in 1973 denying any effective

Zweitens sollten schwangere Frauen bessere seelsorgliche Betreuung erhalten. Drittens galt es, auf Gesetzgebung und Rechtsprechung Einfluss zu nehmen. Der *Pastoral Plan for Pro-Life Activities* war diesbezüglich sehr detailliert.⁴⁷ *Roe vs. Wade* zu überwinden, wurde ausdrücklich als Ziel formuliert.

Das hatte selbstverständlich politische Implikationen, denn während die Demokraten zunehmend das Recht der schwangeren Frauen über ihren eigenen Körper betonten (*pro choice*), stellten die Republikaner immer mehr das Lebensrecht des Fötus heraus (*pro life*). Bald war es beinahe unmöglich, eine von der jeweiligen Parteilinie abweichende Position zu vertreten. Unweigerlich führte das zu einer Annäherung der katholischen Kirche an die Republikaner. Entscheidend war das Pontifikat von Johannes Paul II. (1920-2005) von 1978 bis 2005. Der Papst verstand sich bestens mit Ronald Reagan, so dass im Jahr 1984 die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vatikan wieder aufgenommen wurden.⁴⁸ Einige Zeit darauf, nämlich 1988, entstand mitten im Zentrum der Hauptstadt Washington das *Pontifical Institute for Studies on Marriage and Family*, das die moraltheologischen Positionen von Johannes Paul II. in Forschung, Lehre und Transfer zur Geltung bringen sollte. Vor allem aber ernannte der Papst systematisch Diözesanbischöfe, die seinen strikten Kurs mittrugen und dabei keine Konfrontation scheuten.⁴⁹

Zu ihnen zählte etwa John O'Connor (1920-2000), der lange Zeit Militärseelsorger gewesen war. Gerade erst zum Erzbischof von New York ernannt, kritisierte O'Connor öffentlich die demokratische Politikerin Geraldine Ferraro (1935-2011), die sich im Jahr 1984 als erste Frau überhaupt um die Vizepräsidentschaft bewarb.⁵⁰ Die praktizierende Katholikin, die in der Nähe der Metropole aufgewachsen war und an der von Jesuiten getragenen *Fordham University* Jura studiert hatte, setzte sich nämlich für das Recht auf Abtreibung ein.⁵¹ Zu Ferraros Unterstützung schaltete die Organisation *Catholics for Free Choice* im damali-

legal protection to the unborn child, and the growing attempts to legitimize positive euthanasia through so-called 'death with dignity' laws."

⁴⁷ Vgl. ebd., 8: „The abortion decisions of the United States Supreme Court (January 22, 1973) violate the moral order, and have disrupted the legal process which previously attempted to safeguard the rights of unborn children. A comprehensive pro-life legislative program must therefore include the following elements: a) Passage of a constitutional amendment providing protection for the unborn child to the maximum degree possible. b) Passage of federal and state laws and adoption of administrative policies that will restrict the practice of abortion as much as possible. c) Continual research into and refinement and precise interpretation of *Roe and Doe* and subsequent court decisions. d) Support for legislation that provides alternatives to abortion.“

⁴⁸ Vgl. *Domenico*, »An Embassy to a Golf Course?« (wie Anm. 27), 121–123.

⁴⁹ Vgl. *Richard J. Gelm*, *Politics and Religious Authority. American Catholics Since the Second Vatican Council* (Contributions to the Study of Religion 36), Westport, CT – London 1994, 88–90; *Margaret Ross Sammon*, *The Politics of the U.S. Catholic Bishops: The Centrality of Abortion*, in: Heyer u. a., *Catholics and Politics* (wie Anm. 38), 11–26; *Marie Gayte*, *The US Catholic Bishops: From Separationism to Public Intervention*, in: Dies. u. a. (Hg.), *Catholics and US Politics After the 2016 Elections. Understanding the 'Swing Vote'* (Palgrave Studies in Religion, Politics, and Policy), Cham 2018, 85–103; *Stephen J. Fichter u. a.*, *Catholic Bishops in the United States. Church Leadership in the Third Millennium*, New York 2019.

⁵⁰ Vgl. *Prendergast*, *The Catholic Voter* (wie Anm. 10), 187–189.

⁵¹ Über ihre Religiosität äußerte sich die demokratische Politikerin in einer Autobiographie; vgl. *Geraldine A. Ferraro*, *Ferraro. My Story*, Toronto 1985, 211–239.

gen nationalen Leitmedium, der *New York Times*, einen Monat vor der Wahl eine ganzseitige Werbeanzeige. Deren Kernthese lautete, dass es innerkirchlich eine legitime Bandbreite an Auffassungen hinsichtlich der Abtreibung gab. Fast 100 Theologinnen und Theologen, unter ihnen manche Ordensleute oder Diözesanpriester, unterzeichneten die Werbeanzeige. O'Connor zeigte sich von all dem jedoch unbeeindruckt. Bald darauf wurde er Kardinal. Nach Auffassung von Ferraro hatte er jedoch seine geistliche Rolle aufgegeben und sich unstatthafterweise auf das Feld der Politik bewegt.⁵²

Durch eine gezielte Personalpolitik gelang es dem Vatikan, die US-Bischofskonferenz neu auszurichten. Je länger, desto mehr dominierten in ihr die sogenannten *culture warriors*, also Johannes Paul II. treu ergebene Bischöfe, die den päpstlichen Kurs in den USA sehr offensiv durchsetzten. Das war auch politisch relevant. Im Jahr 2003 veröffentlichte die Bischofskonferenz erstmals einen ausführlichen Leitfaden, an dem die Gläubigen ihre Wahlentscheidung ausrichten sollten. Als erstes Kriterium wurde in *Faithful Citizenship. A Call to Political Responsibility* der Lebensschutz genannt.⁵³ Wenige Monate darauf begann der Präsidentschaftswahlkampf, in dem der praktizierende Katholik John F. Kerry (*1943), demokratischer Senator aus Massachusetts, den republikanischen Amtsinhaber George W. Bush (*1946) herausforderte. Da Kerry das Recht auf Abtreibung befürwortete, exkommunizierten ihn landesweit mehrere Bischöfe im Bereich ihrer Diözesen.⁵⁴ Zu ihnen zählte der Erzbischof der Metropole St. Louis, Raymond Leo Burke (*1948). Als Kerry in Missouri Wahlkampf machte, untersagte ihm Burke ausdrücklich die Teilnahme an der Kommunion. Das schadete der Kampagne des Demokraten enorm. Faktisch, ohne das offen zu sagen, unterstützten Burke und seine Mitbrüder damit Bush, der sich klar *pro life* positioniert hatte. Von den Katholiken votierten bald darauf 52% für den Republikaner, einen Methodisten aus Texas, lediglich 47% für den Demokraten.⁵⁵

Ganz überraschend war dieses Ergebnis allerdings nicht, weil sich im Pontifikat von Johannes Paul II. nicht allein die Bischöfe an die *Grand Old Party* angenähert hatten. Auf gleich mehreren Ebenen bemühte sich Richard John Neuhaus (1936-2009) um ein Bündnis von Katholizismus und Republikanern. Ursprünglich lutherischer Geistlicher mit klar progressiven politischen Auffassungen, konvertierte er und ließ sich im Jahr 1990 zum Priester des Erzbistums New York weihen.⁵⁶ Neuhaus gründete erstens die Zeitschrift *First Things*.

⁵² Vgl. ebd., 213. Weitere Äußerungen über O'Connor finden sich ebd., 221–232. So wies Ferraro darauf hin, dass der Kardinal, als er noch in Pennsylvania wirkte, registrierter Republikaner war.

⁵³ Vgl. *Administrative Committee of the United States Conference of Catholic Bishops*, *Faithful Citizenship. A Call to Political Responsibility*, Washington, DC 2003.

⁵⁴ Vgl. Kristin E. Heyer, *Catholics in the Political Arena. How Faith Should Inform Catholic Voters and Politicians*, in: Dies. u. a., *Catholics and Politics* (wie Anm. 38), 61–72; C. Richard Hofstetter u. a., *The Bishops and Their Flock: John Kerry and the Case of Catholic Voters in 2004*, in: *Politics and Religion* 1 (2008) 436–455. Zu verweisen ist außerdem auf die Autobiographie des demokratischen Politikers, in der er seine Sicht des Glaubens darstellt, also *John Kerry, Every Day Is Extra*, New York 2018.

⁵⁵ Vgl. Graziano, *In Rome We Trust* (wie Anm. 9), 90. Zur Rolle der Religion im Wahlkampf siehe Christiane Tietz, *God's own country – God's own politics? Überlegungen zum Verhältnis von Glaube und Politik im letzten amerikanischen Wahlkampf*, in: *NZStH* 47 (2005) 131–153.

⁵⁶ Vgl. Randy Boyagoda, *Richard John Neuhaus: A Life in the Public Square*, New York 2015; *Scribner, A Partisan Church* (wie Anm. 33).

Sie hat sich zu einem weitverbreiteten, konfessionsübergreifenden Debattenforum mit gesellschaftspolitisch konservativer Ausrichtung entwickelt. Zweitens initiierte er das bis heute bestehende Gesprächsformat *Evangelicals and Catholics Together*, bei dem es keineswegs um ökumenischen Dialog geht. Vielmehr soll in Bezug auf ethische Themen ausgelotet werden, was die beiden Dialogpartner, die ansonsten kaum Berührungspunkte haben, gemeinsam vertreten und in der Politik zur Geltung bringen können. Hierzu zählen vor allem die Ablehnung der Abtreibung und das Eintreten für die Ehe, die als lebenslange Verbindung von Mann und Frau definiert wird. Drittens gründete er das *National Catholic Prayer Breakfast* mit, das seit 2004 jährlich in Washington stattfindet. Neben Neuhaus beteiligten sich etwa noch der damalige Senator von Pennsylvania, Rick Santorum (*1958), der sich am Rechtsaußenflügel der Republikaner bewegt, sowie Leonard Leo (*1965). Letzterer arbeitete damals bereits für die *Federalist Society*. Die im Jahr 1982 gegründete Juristenvereinigung verfolgt das Ziel, die von ihr ausgemachte Dominanz der Liberalen ebenso in den Rechtswissenschaften wie in den Gerichten zu überwinden.⁵⁷ Ihr Einfluss wuchs erheblich. Von den neun Mitgliedern des Obersten Gerichtshofs (*Supreme Court*) gehören aktuell fünf Richter der *Federalist Society* an. Von diesen fünf sind interessanterweise vier katholisch. Zu bedenken ist außerdem, dass der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs sowohl konservativ als auch katholisch ist. Denn damit ergab sich eine qualifizierte Mehrheit, um das Urteil *Roe vs. Wade* als nicht verfassungskonform aufzuheben. Hierzu kam es im Jahr 2022.⁵⁸ Nun können die Bundesstaaten je für sich Regelungen bezüglich eines Schwangerschaftsabbruchs treffen.

Leonard Leo, der weiterhin für die *Federalist Society* arbeitet, ist außerdem Vorsitzender des Komitees, welches das *National Catholic Prayer Breakfast* ausrichtet. Anfang 2025 bekam die von ihm organisierte Veranstaltung besondere Aufmerksamkeit. Gerade erst hatten die Republikaner die Präsidentschaftswahlen gewonnen – nicht zuletzt, weil 56 % der US-Katholiken ihnen ihre Stimme gegeben hatten.⁵⁹ Dabei gehörte ihr Kandidat Donald Trump (*1946) zunächst noch der *Presbyterian Church* an, bezeichnet sich inzwischen aber als konfessionsloser Christ.⁶⁰ Wie religiös er tatsächlich ist, lässt sich kaum feststellen. Man kann durchaus zu dem Schluss gelangen, dass er sich bloß aus strategischen Gründen christlich gibt, um Stimmen zu gewinnen.⁶¹ Ernster meint es wohl sein Stellvertreter, JD Vance (*1984), der bis zur Wahl den Bundesstaat Ohio im Senat vertrat. Ohne Bezug zu

⁵⁷ Vgl. Amanda Hollis-Brusky, *Ideas with Consequences. The Federalist Society and the Conservative Counterrevolution*, New York 2019.

⁵⁸ Vgl. Barbara A. Perry, *Catholics and the Supreme Court. From the »Catholic Seat« to the New Majority*, in: Heyer u. a., *Catholics and Politics* (wie Anm. 38), 155–174; Jack M. Balkin, *Abortion, Partisan Entrenchment, and the Republican Party*, in: Lee C. Bollinger; Geoffrey Stone (Hg.), *Roe v. Dobbs: The Past, Present, and Future of a Constitutional Right to Abortion*, New York 2024, 81–100; Bierling, *Die unvereinigten Staaten* (wie Anm. 3), 215–237.

⁵⁹ Vgl. Benjamin Dahlke, *Trump statt Harris. Warum die Demokratische Partei die Präsidentschaftswahlen verloren hat*, in: TThZ 134/2 (2025) 173–183.

⁶⁰ Vgl. Thomas J. Carty; Mark J. Rozell, *Religion and the Presidency of Donald J. Trump*, in: Mark J. Rozell; Gleaves Whitney (Hg.), *Religion and the American Presidency (The Evolving American Presidency)*, Cham (CH) 2023, 283–333.

⁶¹ Vgl. Tobias Cremer, *The Godless Crusade. Religion, Populism and Right-Wing Identity Politics in the West*, New York 2023.

einer Gemeinde und nur mit evangelikalen Fernsehpredigern aufgewachsen, begann der Jurist und Investor sich als Erwachsener für den Katholizismus zu interessieren. Nach Gesprächen mit Dominikanern der Provinz St. Joseph, die theologisch und liturgisch eher konservativ sind, ließ er sich schließlich im Jahr 2019 taufen.⁶² Vance nahm aber nicht nur am *National Catholic Prayer Breakfast* teil, sondern legte in einer halbstündigen Rede dar, was ihm persönlich sein Glaube bedeutet. Beispielsweise sprach er über die Sakramente.⁶³ Ostern 2025 reiste er in den Vatikan, wo er am Tag vor dessen Tod noch Papst Franziskus (1936-2025) traf. Dabei hatte Franziskus die Trump-Administration mehrfach scharf wegen ihrer Migrationspolitik kritisiert. In der Sache hatte er dem Vizepräsidenten widersprochen, der sich auf das auf Augustinus (354-430) zurückgehende, später insbesondere durch Thomas von Aquin (1224-1274) geprägte Konzept des *ordo amoris* berief, um den Zuzug zu begrenzen.⁶⁴ Ihren genuin theologischen Dissens diskutierten sie allerdings nicht aus, obwohl das spannend gewesen wäre. Vance ist jedenfalls der erste Katholik im Weißen Haus, der den Republikanern angehört. Das dürfte ganz sicher im Sinne von Richard John Neuhaus sein.

3. Ergebnis und Ausblick

Aufgrund des Mehrheitswahlrechts gibt es in den Vereinigten Staaten faktisch ein Zweiparteiensystem. Dieses zwingt alle Stimmberechtigten zu einer klaren Entscheidung, weil sie entweder für die Demokraten oder die Republikaner votieren müssen, wollen sie mit ihrer Stimme etwas ausrichten. Das führt nicht notwendigerweise zu jener Polarisierung, die heute die amerikanische Gesellschaft kennzeichnet. Zumindest bis in die 1960er Jahre gab es zwar zwei Parteien, aber keineswegs zwei unversöhnlich einander gegenüberstehende Lager. Infolge von Auseinandersetzungen in Bezug auf gesellschaftspolitische und ethische Themen, also die sogenannten *culture wars*, änderte sich das jedoch. Seit den 1970er Jahren ist es zu einer Lagerbildung gekommen, die bis heute fortbesteht.

Sie wirkte sich auch auf die vielen Millionen stimmberechtigter Katholikinnen und Katholiken aus. Hatten sie anfangs vorwiegend für die Demokraten votiert – erinnert sei nur an Alfred E. Smith und John F. Kennedy –, neigten sie verstärkt den Republikanern zu. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 verweigerten sie dem katholischen Kandidaten der Demokraten, Kerry, sogar mehrheitlich die Unterstützung; bei den letzten Wahlen, also 2024, gaben sie überwiegend Trump ihre Stimme. Ob sich dieser Trend verfestigt, bleibt abzuwarten.⁶⁵ Manche Bischöfe in den USA dürften insgeheim aber darauf hoffen. Schließlich

⁶² Vgl. <https://www.herder.de/communio/gesellschaft/jd-vance-der-katholik-an-der-seite-trumps-vom-rustbelt-in-die-politische-elite/> [zuletzt aufger.: 21.3.2025].

⁶³ Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=dCY0b1wWX9A> [zuletzt aufger.: 21.3.2025].

⁶⁴ Vgl. <https://www.vatican.va/content/francesco/en/letters/2025/documents/20250210-lettera-vescovi-usa.html> [zuletzt aufger.: 21.3.2025]: „The true *ordo amoris* that must be promoted is that which we discover by meditating constantly on the parable of the ‘Good Samaritan’ (cf. Lk 10:25-37), that is, by meditating on the love that builds a fraternity open to all, without exception.“

⁶⁵ Vgl. Dahlke, Trump statt Harris (wie Anm. 59).

erkennen sie in Bezug auf Themen wie Abtreibung und Gender große Schnittmengen mit der *Grand Old Party*. Standen in der US-Bischofskonferenz anfangs sozioethische Fragen im Zentrum, waren es zeitweise individuelle bzw. moraltheologische. Zu dieser Verschiebung kam es im Pontifikat von Johannes Paul II., dessen Einfluss erheblich war und weiterhin ist. Dagegen setzte Papst Franziskus andere Akzente. Trotz seiner dezidierten Ansichten über Abtreibung und Gender stellten der globale Klimawandel und der damit teilweise zusammenhängende anhaltend hohe Migrationsdruck für ihn ebenfalls wichtige Themen dar.⁶⁶ In dieser Hinsicht vertrat er Positionen, die denjenigen der Demokratischen Partei nahekommen. Manche Bischöfe in den USA sind ähnlicher Auffassung, befinden sich innerhalb der Bischofskonferenz derzeit aber in der Minderheit. Genannt sei nur Kardinal Robert McElroy (*1954), seit Anfang 2025 Erzbischof der Hauptstadt Washington. Er hat wiederholt scharfe Kritik an den Entscheidungen der Trump-Administration geübt – gerade wegen ihrer Migrationspolitik. McElroy, der sowohl in der Theologie als auch in der Politikwissenschaft promoviert wurde, dürfte die amtierende Regierung weiterhin kritisch begleiten.

Insgesamt ist zu betonen, dass sich die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten unmöglich auf eine einzelne Partei festlegen kann. Engagierte Gläubige sind teils bei den Demokraten, teils bei den Republikanern aktiv. Sie haben dafür jeweils gute Gründe.⁶⁷ Außerdem hat das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* von einer Autonomie der irdischen Wirklichkeit gesprochen.⁶⁸ Da das Konzil offen ließ, wie weit diese Autonomie reicht, gilt es, sie immer neu auszuhandeln. Fest steht allerdings auch, dass eine legitime Pluralität im Bereich der Politik existiert, die insofern nicht mit Willkür zu verwechseln ist, als es aus Sicht der amerikanischen Bischofskonferenz durchaus Kriterien für das gibt, was vertreten werden kann. Diese Kriterien sind in einem Leitfaden dargelegt, der seit dem Jahr 1976 jeweils vor den Präsidentschaftswahlen veröffentlicht wird. Dessen derzeitige Fassung, *Forming Consciences for Faithful Citizenship*, wurde erstmals im Jahr 2007 publiziert⁶⁹ und seither nur leicht überarbeitet. Sicherlich lässt sich diskutieren, ob die dort aufgeführten Punkte den Rang haben müssen, der ihnen zugemessen wird. Wie sich Katholikinnen und Katholiken im faktisch vorhandenen Zweiparteiensystem der USA verorten, steht ihnen unter Beachtung der im Leitfaden dargelegten Kriterien aber immerhin frei.⁷⁰ Es bleibt somit ihrer persönlichen Gewissensentscheidung

⁶⁶ Vgl. Jürgen Erbacher, Weiter denken. Franziskus als Papst und Politiker, Ostfildern 2018; Kristin E. Heyer; Conor M. Kelly (Hg.), The Moral Vision of Pope Francis. Expanding the US Reception of the first Jesuit Pope, Washington, DC 2024. Allerdings hat Franziskus viele Bischöfe ernannt, die sich in theologischer Hinsicht selbst als traditionell bezeichnen. Moderate und Progressive sind in der Minderzahl. Hierauf verweisen Fichter u.a., Catholic Bishops (wie Anm. 49), 28–30.

⁶⁷ Vgl. Maureen K. Day u. a., Catholicism at the Crossroads. The Present and Future of America's Largest Church, New York 2025, 133–167.

⁶⁸ Vgl. GS 36 [= Zweites Vatikanisches Konzil, Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, 7. Dezember 1965]. Zur Erschließung siehe Ingeborg Gabriel, Autonomie der irdischen Wirklichkeiten. Reflexionen zu einer komplexen Konzilsmetapher, in: Mariano Delgado; Michael Sievernich (Hg.), Die großen Metaphern des Zweiten Vatikanischen Konzils. Ihre Bedeutung für heute, Freiburg i. Br. 2013, 267–286.

⁶⁹ Zur Erschließung siehe die Beiträge in: Journal of Religion and Society – Supplement 4 (2008).

⁷⁰ Vgl. Forming Consciences for Faithful Citizenship. A Call to Political Responsibility from the Catholic Bishops of the United States, Washington, DC 2023, VIII–IX: „Participation in political life also requires judgments about

überlassen, wie sie die sozial- und individualethischen Punkte jeweils gewichten. Schließlich hat *Gaudium et spes* erklärt, dass die Würde des Menschen bewusstes und eigenständiges Handeln erfordert.⁷¹

Zu fragen ist natürlich, inwieweit sich katholische Wahlberechtigte überhaupt durch *Forming Consciences for Faithful Citizenship* oder andere bischöfliche Äußerungen in ihrem Abstimmungsverhalten beeinflussen lassen.⁷² Andere Faktoren wie sozialer Status, Bildungsgrad und ethnische Herkunft dürften mindestens ebenso bestimmend sein wie die Kircheng Zugehörigkeit. Weitere Forschung hierzu wäre allerdings wünschenswert, um das komplexe Verhältnis von Religion und Politik in den USA noch besser zu verstehen.

The majority voting system enshrined in the United States has given rise to a de facto two-party structure, compelling every eligible voter to make a definitive choice between the Democratic and Republican parties. This binary framework leaves little room for ambiguity, ensuring that political allegiances are clearly delineated at the ballot box. In this article, the evolving patterns of Catholic voting behavior are explored, beginning with the interwar years. Historically, Catholics in America gravitated toward the Democratic Party. Over time, however, a notable shift has occurred: Catholics have increasingly lent their support to the Republican Party. This transformation is not only striking in its scope but also invites a nuanced and thorough analysis to understand the underlying causes and broader implications for American political life.

concrete circumstances. While the bishops help form the laity in accordance with basic principles, they do not tell the laity to vote for particular candidates. On these often complex matters, it is the laity's responsibility to form their consciences and grow in the virtue of prudence to approach the many and varied issues of the day with the mind of Christ."

⁷¹ Vgl. GS 17 [= *Zweites Vatikanisches Konzil*, Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, 7. Dezember 1965].

⁷² Skeptisch äußern sich diesbezüglich *Mark M. Gray*; *Mary E. Bendyna*, *Between Church, Party, and Conscience. Protecting Life and Promoting Social Justice among U.S. Catholics*, in: Heyer u. a., *Catholics and Politics* (wie Anm. 38), 75–92.